

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Postamt Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 31. März 1,00 Mark, Abboter 0,90 Mark.

Einzelpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezelle örtlich 20 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Vereinstalender 20 Pfennig, die dreigealtene 30 Millimeter breite Restanzeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 76.

Magdeburg, Sonnabend den 29. März 1924.

35. Jahrgang.

Eisenbart-Ruren.

Die Zeitschrift des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg „Die Elbe“ behandelt in einem Märzsonderheft das brennende Problem der Arbeitslosigkeit. Es wird — und darin liegt der Wert dieser Veröffentlichung — die Frage von verschiedenen Seiten beleuchtet. Denn es kommen zum Worte Stadtrat und Gauleiter des Holzarbeiterverbandes Ernst Bauer, Oberbürgermeister Weims, Fabrikbesitzer Gruson, Generaldirektor Kleinherne von der H. Wolf-M.-G., der Präsident der Handelskammer Halberstadt, männiglich, die Direktion des Krupp-Grusonwerkes, Generaldirektor Kauf von der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik, Kommerzienrat Rabbethge (Klein-Wanzleben), Albert Steinfke, Angehörter im Arbeitsamt Magdeburg, Stadtrat Wittmann und Kommerzienrat Zuckerswerdt. Außerdem in der Herausgeber, Stadtrat Landsberg, mit einem Beitrag vertreten.

Den besten Standpunkt zur Beleuchtung der Frage hat Genosse Weims gefunden, indem er die Krise, die jetzt nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa durchdringt, auf den Weltkrieg zurückführt und damit ihren politischen Charakter anzeigt. Während Amerika die industrielle Krise in Kürze überwunden hat, dank seinem festen Staatsgefüge und seiner guten Finanzen, müht sich Europa, das durch den Krieg verwüstete, mit „Landkartenmachen“ ab und verjährt damit die Regelung seiner Produktion und die Wiederherstellung der alten Weltmarktverbindungen. Gerade Deutschland braucht eine geregelte Ausfuhr und eben solche Einfuhr. Wollen wir dies erlangen, brauchen wir die Einstellung auf die Deut- und Ausfuhrungsweise der Räder, mit denen wir handeln und arbeiten müssen, und wir brauchen eine ruhige Entwicklung im Innern. Hier ist von rechts bisher mehr geäußert worden als von links.

Aber das allein ist es nicht. Zur weiteren Gesundung des Arbeitsmarktes gehört eine kaufkräftige deutsche Bevölkerung; die Kaufkraft wird aber gefährdet, wenn die Parole nur auf Abbau lautet und wenn man gar künstlich eine große Reservearmee schafft. Das betonen und beweisen auch die Genossen Steinfke und Bauer.

Für die Unternehmerseite kann man Kommerzienrat Rabbethge sprechen lassen. Was die andern schreiben, ist nur eine Abwandlung der Rabbethgeischen Ansichten. Seine Grundzüge sind:

Die letzte Ursache der Arbeitslosigkeit ist, daß zu wenig gearbeitet wurde und wird, daß die Arbeitsleistungen der Betriebe wie der Arbeiter durch gesetzliche Eingriffe künstlich herabgedrückt sind.

Je mehr an einer Stelle geleistet wird, sei es durch Intensivierung der Leistung oder Verlängerung der Arbeitszeit, desto mehr Arbeitsgelegenheit entsteht an andern Stellen. Durch die erhöhte Leistung wird die Konjunktur erhöht, was Arbeitsgelegenheit und Verdienst an andern Stellen gibt. Es werden entweder mehr Rohprodukte oder Zwischenfabrikate oder Fertigfabrikate hergestellt. Jede Mehrproduktion einer Art von Produkten zieht zwangsläufig einen Mehrbedarf bzw. Produktion an Produkten anderer Art nach sich und bringt dadurch mehr Arbeitsgelegenheit und Verdienst. Es mag die Behauptung paradox klingen, daß sich die Arbeitslosigkeit erfolgreich und nachhaltig nur bekämpfen läßt durch Mehrleistung auf allen Gebieten, niemals aber durch Verkürzung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeitsleistung. Es ist aber Tatsache, daß durch letztere Maßnahmen das Unheil verschlimmert wird.

Wenn man also die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, so ist dies nur möglich, indem die Leistungen derer, die noch Arbeit haben, sowohl der Betriebe wie der Arbeiter, gesteigert werden.

Man spricht viel davon, daß für eine vergrößerte Produktion kein Absatz zu finden wäre. Die vergrößerte Produktion selbst schafft den Absatz. Sie schafft Bedürfnisse und schafft Kaufkraft nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ländern, mit denen wir in wirtschaftlichen Wechselbeziehungen stehen.

In Weiterbildung dieser Ansichten verlangt Rabbethge Abbau aller gesetzlichen Arbeitererschutzmaßnahmen; damit unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit, billige Arbeit. „Die Arbeitszeitfrage spiele nur jetzt eine Rolle, weil die absolute Arbeitsleistung so sehr gesunken sei. Durch billige Arbeit bilde sich wieder Sparkapital und damit neue Arbeitsgelegenheit.“

Es ist schon richtig, daß in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität die Arbeit des einen Gewerbes die andre mit zur Blüte bringt. Man braucht ja nur an das Baugewerbe zu denken, das hundert fremde Industrien mit Arbeit versorgt, von der Herstellung der T-Träger bis zum Tapetenkleisterkocher. Aber es sollte doch Herrn Rabbethge nicht unbekannt sein, daß bisher jede Hochkonjunktur nach einer bestimmten Zeit mit einer Abwärtsphase geendet hat, in der die Arbeiter zu Tausenden, ja zu Hunderttausenden trotz allen Fleißes

arbeitslos auf der Straße lagen, wochen- und monatelang. Die fleißigste, rationellste Arbeit erzeugt immer und immer wieder Krisen geringerer oder größeren Umfangs. Das liegt im Wesen der kapitalistisch betriebenen Wirtschaft.

Es ist ein durch nichts begründeter Vorwurf, wenn Rabbethge an anderer Stelle schreibt, daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen für das Herunterdrücken der Leistungen und jede Mehrleistung offen oder geheim bekämpfen. Wogegen die Gewerkschaften ihre Mitglieder schützen, ist vielmehr die gegenläufige, brutale Ausbeutung, das Ausquetschen der Arbeitskraft bis aufs Mark. Und nicht zuletzt bekämpfen die Gewerkschaften die Billigkeit der Arbeitskraft, mit dem Erfolg für Gewerbe und Allgemeinheit, den Genosse Bauer für den Holzarbeiterberuf in der Vorkriegszeit feststellen kann. Was Rabbethge und seine Mitstreiter wollen, ist höchste Arbeitsintensität bei schmächtlichen Hungerlöhnen!

Selbst wenn es möglich wäre, beides zu erreichen, so würde damit der schlimme Ruf, daß Deutschland im Ausland Schmuckkonkurrenz macht, in verstärktem Maß erneuert werden und uns neue Feinde, aber auch verstärkte Abwehrmaßregeln zuziehen. Das Handwerk würde uns bald gelte. Viel gefährlicher noch sind diese Hungerlöhne im Innern. Man kann von den nie abbrechenden Wirtschaftskämpfen noch ganz absehen, aber sie lähmen die innere Kaufkraft, das arbeitende Volk, die große Masse, die Hauptabnehmer aller Erzeugnisse der Fabriken und Felder hat kein Geld. Was das heißt, hat die deutsche Landwirtschaft in diesen Wochen erfahren, und das Gegenteil kann man in Amerika studieren, wo jeder vierte Einwohner ein Automobil hat, zu derselben Zeit, da bei uns Menschen ohne Hemden herumlaufen und den Zwirn nicht kaufen können, den sie zum Zusammensticken der Lumpen brauchen.

Das Rabbethgeische Rezept ist weder für die Gegenwart noch für die Zukunft heilkräftig. Es verewigt das Elend des arbeitenden Volkes, ruiniert weiterhin den Mittelstand, verhärtet den Klassenkampf, treibt weite Schichten in Verzweiflung, liefert das Volk gewissenlosen Abenteurern und Wolfenluchtsheimern aus, und kann — muß es aber nicht — nur einer winzigen Oberschicht riesige Reichtümer in den Schoß werfen. Die Gesundung Deutschlands kann nur mit den Arbeitern herbeigeführt werden, nicht gegen sie.

Will die deutsche Arbeiterklasse aber ferner mürrisch und mitbestimmen, dann muß sie ihren Gewerkschaften noch festere Geißeln geben, dann muß sie ihre ganze Kraft auf das eine Ziel lenken: Steigerung der Erzeugung bei Kulturlohn und angemessener Arbeitszeit. Politisch aber muß sie sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen, die bisher bewiesen hat, daß ihr das Wohl des ganzen Volkes höher steht als das einer Schicht oder Klasse. Will sie, daß Deutschland, daß Europa, ja die Welt zum Frieden kommt, dann muß sie am 1. Mai jede Stimme dieser Partei zuwenden. Rabbethgeische Eisenbarturen sind der Tod Deutschlands. —

Die Not der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosigkeit, die seit Mitte des vorigen Jahres einen furchtbaren Umfang angenommen hat, droht auf längere Zeit, vielleicht auf Jahre hinaus, eine chronische Erscheinung zu werden. Wenn auch in den letzten Wochen besonders die Zahl der Kurzarbeiter zurückging, so darf das immerhin nicht zu voreiligen Schlussfolgerungen verleiten.

Wie hoch augenblicklich die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist, läßt sich nur schätzungsweise feststellen. Im unbesetzten Deutschland wurden z. B. Anfang März allein 1 180 000 Personen unterstellt. Im besetzten Gebiet betrug die Zahl der Erwerbslosen eine Million, so daß also in ganz Deutschland rund 2 1/2 Millionen Personen mit mindestens weiteren 2 1/2 Millionen zu ernährenden Angehörigen, der staatlichen Unterstützung zur Last fallen.

Die Gesamtzahl dieser bedauernswerten Volksgenossen ist eigentlich noch beträchtlich höher, da die Fürsorge bei weitem nicht alle Erwerbslosen unterstützt und erfasst. So wird z. B. vielen Arbeitslosen die Unterstützung verweigert, weil deren Frau oder Kinder einige Mark in der Woche verdienen oder weil sie gar ein paar Quadratmeter Land be-

sitzen oder gepachtet haben. Zuerstmal bis zu 16 Jahren bleiben grundsätzlich ohne Unterstützung, solche bis zu 18 Jahren erhalten in sehr vielen Fällen ebenfalls nichts. Bei Frauen trifft das gleiche teilweise sogar bis zum 21. Lebensjahr zu. Könnte man auch diese Personen, die also noch nicht einmal eine kleine Unterstützung erhalten, einwandfrei zählen, so würde sich zweifellos eine Gesamtzahl von mindestens 3 Millionen Erwerbslosen ergeben.

Die Unterstützungssätze selbst sind erbärmlich niedrig. Ein Familienvater mit zwei Kindern erhält z. B. je nach der Ortsklasse wöchentlich 4,20 bis 7,80 Mark. Im besetzten Gebiet ist der Unterstützungssatz etwas höher. Immerhin aber reicht auch er nicht zum Leben aus. Tritt nun mit dem 1. April die weitere Mieterhöhung ein, so dürfte sich in den meisten Fällen der Zustand ergeben, daß die Miete höher ist als die Unterstützung. Wovon unter diesen Umständen der Arbeitslose sich und seine Familie ernähren soll, bleibt das Geheimnis der hitzigen Regierung. Selbst angenommen, der Arbeitslose könnte und würde die Miete schuldig bleiben, so genügte der Betrag dennoch nicht einmal zum nackten Leben.

Immer und immer wieder hat die Sozialdemokratische Partei mit Unterstützung der Gewerkschaften auf diese entsetzliche Lage der Arbeitslosen aufmerksam gemacht und Abhilfe verlangt, ohne daß sich die maßgebenden Instanzen dieser Forderung in positivem Sinne angegeschlossen hätten. Der Vorwand, es ist kein Geld vorhanden, mußte bisher auch zur Begründung des Elends der Arbeitslosen dienen. Mit voller Macht sprachen wir hier von einem Vorwand, denn seit fast einem halben Jahre werden von den Arbeitern und Unternehmern Beiträge zur Unterstützung der Erwerbslosen erhoben, ohne daß deren Lage eine Besserung erfährt. Für jeden beschäftigten Arbeitnehmer fließen 2 Prozent des Lohnes oder Gehalts in den Unterstützungsfonds. Die Hälfte muß der Beschäftigte selbst tragen, während die andre Hälfte zu Lasten des Unternehmers geht. Nach einer neuen Verordnung sollen diese Beiträge sogar auf 3 Prozent des Lohnes erhöht werden. Statt aber in Anbetracht dessen den Hungernden zu geben, was ihnen zukommt, war es bisher so, daß Reich und Länder ihre Kräfte durch die eingegangenen Beiträge entlasteten, während die Arbeitslosen weiter darben. Zwar hat der Reichsarbeitsminister inzwischen öffentlich auf Drängen der Partei und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß die Unterstützungssätze bald erhöht werden sollen, ohne daß diese Ankündigung bis jetzt jedoch wahr geworden wäre. Wir stellen deshalb erneut die Frage, wann sollen endlich die Erhöhungen erfolgen? Wann soll der Skandal aufhören, daß die von den Arbeitnehmern zugunsten ihrer arbeitslosen Kollegen gebrachten Opfer weiterhin zur Entlastung der Staatskassen dienen? Warum nicht mit der notwendigen Erhöhung der Beamteneinkünfte am 1. April gleichzeitig eine Aufbesserung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen?

Fast scheint es, als ob dunkle Mächte am Werke sind, eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen zu verhindern. Tatsächlich ist für die Unternehmer die Erwerbslosenunterstützung ein Greuel. Für sie sind die Arbeitslosen die „Faulen“, die nicht arbeiten wollen; deshalb besteht vielfach der stille Wunsch, die Unterstützungen an die Erwerbslosen überhaupt einzustellen. Heute schon diktiert die Unternehmer Kammerlöhne, und ihr Streben läuft weiterhin darauf hinaus, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit wie in früheren Zeiten nach eigenem Gutdünken zu diktiert. Um wieviel mehr könnten sie Löhne und Gehalte drücken und die Abwehr unmöglich machen, wenn ihnen die Millionen Menschen zählende „Reservearmee“ ganz auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre, weil sie ohne jede Unterstützung um jeden Preis zu Kreuze kriechen muß. Darum der Druck der Unternehmer auf die Regierung, nur keine Erhöhung der Unterstützung für die Arbeitslosen zu bewilligen. Wie lange soll dieser Zustand noch andauern? Wann endlich will man den Erwerbslosen zukommen lassen, was ihnen zusteht und was von der Sozialdemokratischen Partei seit Monaten verlangt wird?

Kürzlich erst hat der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erneut seine Forderungen für die Erwerbslosen erhoben. Wird man diesem berechtigten Verlangen nun endlich Rechnung tragen oder sollen die unglücklichen Opfer der Arbeitslosigkeit noch mehr zum Spielball der kommunistischen Agitation gemacht werden? Diese Agitation ist nicht nur ein Unglück

Die Spaltung der Volkspartei.

Die schwerindustrielle Opposition in der Volkspartei, die sich Nationalliberale Vereinigung nennt, hat im Reichstagsgebäude eine Versammlung abgehalten, die sich zu einer scharfen Kriegserklärung gegen die Leitung der Partei auswuchs. Es ist offen mit der Spaltung gedroht worden.

Der schwerindustrielle Flügel und dessen Bundesgenossen aus den Reihen des Reichslandbundes und einiger westdeutscher Bezirksorganisationen sind bestrebt, vor dem Parteitag in Hannover noch einmal aufzutreten und anzukündigen, daß sie nicht davor zurücktreten, die Konsequenzen aus ihrer Kampfstellung gegen die Parteileitung zu ziehen. Während es in der Gründungsversammlung hieß, daß die Nationalliberale Vereinigung in der Partei bleiben wolle, erklärte jetzt der Vertreter des Reichslandbundes Döberich: „Wenn sich die nationalliberale Vereinigung in der Partei nicht durchsetzen könnte, dann bleibe nur die Möglichkeit, sie (die Nationalliberalen) auszuschießen. Wir müssen jetzt schon Vorbereitungen treffen, damit wir gerüstet sind, wenn es soweit kommt.“

Der parlamentarische Führer der Opposition, Abgeordneter Gildemeister (Bremen), erklärte unter Berufung auf die Sezession der Nationalliberalen zu Anfang der 80er Jahre: „Wir unterscheiden uns von ihnen (den damaligen Opponenten) dadurch, daß wir rechtzeitig warnen, weil wir die Sezession, die kommen muß, von der Partei abwenden wollen. Diese Entwicklung sehe ich unabwendbar vor mir, wenn dem Parteivorstand in seinen Wünschen Folge gegeben wird.“

Der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Klönne (Dortmund), sagte in seinen einleitenden Worten, ein Zurück könne es nicht mehr geben. Der Weg werde weiter beschritten, komme, was da wolle.

Die Angriffe der Opposition, die sich als die „Wismarck-Partei“ bezeichnete, richteten sich mit großer Schärfe gegen Stresemann und gegen die „Zeit“, die sich immer mehr einen parteioffiziösen Charakter annahm, ohne daß „die absolute Unabhängigkeit dieses Unternehmens gewährleistet wird“. Unabhängig ist nach Ansicht dieses Kreises nur ein Blatt, das von der Schwerindustrie kontrolliert wird.

Nach Schluß der zahlreichen Reden wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung der Leitung der Vereinigung, die im Namen der Partei gehandelt hat, das Vertrauen ausspricht und sie auffordert, auf den beschrittenen Weg weiterzugehen. Das Ende dieses Weges kann nur die Spaltung sein.

Der kommunistische Kronzeuge.

Am 15. Dezember 1921 erschien in der kommunistischen „Tribüne“ ein vom Redakteur Szameitat verfaßter Artikel: „Eine nette Pflanze aus dem Spießhumpf des Polizeipräsidenten Krüger“. Darin wurde ein als Polizeispießhumpf tätiger übler Charakter scharf gekennzeichnet: Martin Schulze. Zweck der Uebung war, dem verhafteten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten etwas am Zeuge zu flieden. Das gehört nun einmal zur Herbeiführung der Weltrevolution.

Trotz seiner öffentlichen Entlarvung als Polizeispießhumpf blieb Martin Schulze im Verkehr mit der Redaktion der „Tribüne“ und berichtet den Kommunisten „Geheimnisse“ der Behörden, die er fast durchweg erdichtete, und den Behörden berichtet dieser Ehrenmann, was die Kommunisten mit diesem Material zu unternehmen gedachten. Ein prächtiger Bundesgenosse im Kampfe für Wahrheit und Recht.

Martin Schulze stand am Mittwoch in dem Prozeß gegen den ehemaligen Redakteur der „Tribüne“ Szameitat als Zeuge vor Gericht und dieser jagte aus, daß er von Schulze abgerückt ist, als dessen Spießhumpfen feststand. Aber die andern Redakteure der „Tribüne“ hätten weiterhin von Schulze Material entgegengenommen und für die Zeitung verwendet. Wo Spießhumpf in der „Tribüne“.

Es kann aber auch nicht hängen, daß Szameitat einen so großen Vogen um den Polizeispießhumpfen gemacht hat, denn sie fanden sich wieder — in einem Café. Und dort füllten sie — der eine sein Spießhumpfen, der andre sein Denkergehirn — mit Unlagematerial gegen den Polizeipräsidenten Krüger. Am Freitag und Samstag werden sie es vor dem Magdeburger Landgericht bezweifeln. Untereinander: Der Kommunistenführer und sein Zehngeräte, der Polizeispießhumpfen.

Wie jagte doch gestern der Staatsanwalt über Martin Schulze? „Schulze hat keine Vorstellung über die Bedeutung des Eides. Schulze mag sagen, was er will, wir wissen, was er sagt, ist unwahr.“ Was aber werden die Arbeiter über Szameitat sagen und über seine Genossen in der „Tribüne“?

Völkisches „Reinemachen“.

Unter der verlockenden Ueberschrift „Ende der Futterkrüppelwirtschaft in Mecklenburg“ berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Schwerin:

„In der Landtagsitzung am Mittwoch wurde der Antrag der Deutschvölkischen Freiheitspartei auf Entlassung aller seit dem November 1918 ohne fachmännische Vorbildung angestellten Beamten nach heftiger Debatte gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Maifeiertags wurde in zweiter Lesung angenommen. Die Rechtsparteien haben eine bedeutende Verstärkung der Disziplinargewalt des Vorsitzenden beantragt, die den Ausschluß aus dem Haus und Entziehung der Stützen vorsieht.“

Der völkische Landesvorsitzende Maertens in Rostock hat schon eine richtige Ahnung von dem Kommenden. Er sagte in einer völkischen Mitgliederversammlung in Rostock, in der es großen Krach gab, wörtlich: „Die Arbeiterstimmen sind uns zugeflogen wie der Wind. Sie werden ebenso schnell wieder davonfliegen.“ Wir fügen hinzu: nicht nur die Arbeiterstimmen.

Der verkannte Vaterlandsretter.

Am Donnerstag wurde den Münchner Hochverrätern nochmals Gelegenheit gegeben, vor der Öffentlichkeit stundenlange Agitationsreden zu halten. Herr Boehner kam als erster zu Worte. Lubendorff, der deutschvölkische Agitator vor Gericht, gebärdete sich in seinem Schlusswort völlig als Anwärter auf Wallhall. „Die Weltgeschichte schickt Männer — ja erklärte dieser Halbgoth —, die für ihr Vaterland gekämpft haben, nicht auf Festung!“ Hat Ernst Zoller nicht auch für sein Vaterland gekämpft und weit näher am Feind als Lubendorff? Und hat ein bayrisches Volksgericht ihn nicht dennoch wegen Hochverrats auf Festung überliefert? Gewiß, Hochverräter vom Schlage Lubendorffs haben immer ein kurzes Gedächtnis, wenn es heißt, für ihre Verbrechen einzustehen. Aber mehr als die Anwartschaft auf Wallhall interessiert der Schluß der Rede Lubendorffs. Er erzählt dem Gericht, was er während und im Kriege alles leistete, und mußte dann erklären, daß im Jahre 1918 vor dem Zusammenbruch die verantwortlichen Stellen ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Wörtlich fährt er dann fort: „Das Unglück kam! Jeder Deutsche hätte jetzt

die doppelte Pflicht gehabt,

seinem Vaterland zu dienen!“
Hier sind wir mit Lubendorff einer Meinung. Die Sozialdemokratie handelte damals auch entsprechend, sie tat nach dem Zusammenbruch ihre Pflicht. Und Herr Lubendorff? Mit der blauen Wille verstand er nach Schweden, er ließ also sein Vaterland im Stiche wie der „Oberste Kriegsherr“, und erst, als die Luft wieder rein war, als er sich davon überzeugt hatte, daß die Republik auch ihn dulden würde, kehrte er zurück, um den Staat, von dem er eine hohe Pension bezog, zu unterstützen und zu befeinden. Trotzdem aber verlangt der Defesteur von ehedem, im Triumph nach Wallhall verführt zu werden, von unsers Wissens nur Platz ist für Felder, nicht aber für Männer, die Heer und Vaterland in ihrer schwersten Stunde fluchtartig verlassen haben.

Folgende Probe aus Lubendorffs Lobrede auf sich und seine Taten wird jedem klarmachen, weshalb wir den Krieg verlierten mußten: „Man sieht in mir Tannenberg, man sieht in mir Schlachten und glänzende Feldzüge, man sieht in mir den Repräsentanten des alten Heeres, an dessen Fahnen ewiger Ruhm hängt. Sie sehen in mir den Vertreter einer großen Zeit, der hineinlebt in die Zeit des Verfalls. Was Sie aber nicht sehen, das ist meine Lebensarbeit, das Ringen mit dem deutschen Volk um seine Zukunft. Am 22. März 1904, also vor 20 Jahren, kam ich in den Großen Generalstab, und da erkannte ich, daß mir nicht stark genug seien, um meine Stellung als freies Volk wahr zu können; ich erkannte, daß Kräfte im Volk vorhanden sind, die für sein Schicksal noch nicht ausgenutzt waren. Von diesem Tag an begann mein Ringen für das Volk, mein Ringen für die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Eine Warnung, die ich damals aussprach, drang nicht durch; ich wurde auf den Generalstab versetzt, und mein damaliger Kommandeur erhielt den Hinweisbrief. Die verantwortlichen Stellen waren sich ihrer Verantwortung damals dem Volke gegenüber nicht bewußt. Dann kam der Weltkrieg. Nachdem viel Gut und Blut vertan waren, wurde ich gerufen,

an der Seite des Generalstabes den Krieg zu führen, mit einer Macht, die ich schon vor dem Weltkrieg als ungenügend erkannt hatte. Ich verlangte das Hilfsdienstgesetz; es kam. Das Volk aber wurde nicht aufgeföhrt, die Masse des Volkes wandte sich immer stärker gegen mich. Und weil ich jetzt in der völkischen Bewegung die Männer gefunden habe, die mein Streben mit mir teilen, halte ich trotz bis zum Tode zu ihnen. Zum dritten Male erhebe ich mahnend meine Stimme. Wenn die völkische Bewegung sich nicht durchsetzt, sind wir verloren für immer.“

Nachdem die übrigen Angeklagten, außer Hitler, auf das Schlusswort verzichtet hatten, schloß der Vorsitzende um 12 Uhr 30 Minuten die Hauptverhandlung und setzte die Urteilsverkündung auf Dienstag den 1. April vormittags 10 Uhr fest.

Putzpolitik.

Diese weisen Männer, Hitler und Genossen, hatten die Eroberung Berlins beschlossen. Weil das Deutsche Reich aus seiner Mordmiserie nur durch einen Bürgerkrieg zu retten wäre. Paritätisch schritten sie sofort zur Tat und verputzten einen kleinen Hochverrat.

Leider aber konnte dieser nicht gelingen. Da die Helben sich zu handeln unterfingen, ohne abzuwarten, bis der angekommene königlich republikanische Beamte Herr von Kahr, der Generalstaatskommissar, mit dem Fuß der Gewehr fertig war.

„Ihr bösen Luben! dachte der im stillen, Ich durchkreuze den verräterischen Willen. Euer Unternehmen habt ihr unternommen, um dem meingigen noch rasch zuvorzukommen; Doch die brüderliche Hilfe nützt euch nichts, Wenn ich bring' euch vor die Schranken des Gerichts.“

Und er brachte sie — und jetzt sind besagte Hitler und Genossen angeklagt, Darum nehme jeder sich den Spruch zu Herzen: Wählt du der Behörden Günst die nicht veräußern, Deutscher, mache keinen Putz zur rechten Zeit. Aber mit Genehmigung der Obrigkeit.

M. Jungmann.

Der Zeigner-Prozeß.

Am Donnerstag ergriff sofort zu Beginn der Sitzung der zweite Verteidiger Dr. Zeigner, Marichner, das Wort zu einer trocknen juristischen Analyse der einzelnen den Mandanten zur Last gelegten Fälle. U. a. betonte er, daß von den 11 zur Untersuchung gelangten Fällen nur 4 übrig geblieben seien. Für diese vier Fälle aber ist Vorsicht gegenüber den Zeugen gegeben, die unvereidigt geblieben sind und nur durch einen Zufall vorläufig nicht auf der Anklagebank sitzen. Sichtlich des Falles der Aktenvernehmung beschäftigte sich der Verteidiger eingehend mit der Frage der Verjährung. Im Falle Trommer liegt nichts anderes als eine unverdächtige Fehlleistung durch Möbius vor. In Hand der einzelnen Indizien weiß der Verteidiger nach, daß Dr. Zeigner mit der ganzen Sache nichts zu schaffen habe. Im Falle Friedrichsen und Brandt ist Dr. Zeigner der Annahme eines Geschehens für eine pflichtwidrige Handlung angeklagt. Im Falle Brandt hat Dr. Zeigner aber innerlich nicht ein Geschehen annehmen wollen und nicht angenommen. Für Brandt konnte es allerdings den Anschein in einer Annahme gefast haben. Selbst die Uebergabe der 7000 Mark nach Befundung Dr. Zeigners als Schweigegeld an Möbius nach dem Empfang des Geldes im Café war nicht eine Verfügung über das Geld durch einen Eigentümer, sondern eine Verlegenheitshandlung, bedingt durch eine momentane Verwirrung und Entschlußlosigkeit.

Das zweite belastende Moment auf den Brandtschen Gnadenakten konnte ihm in der Hast der Arbeit unterlaufen sein. Die Begnadigung selbst lag vollkommen in der Linie der vom Dezerenten und der Gnadenabteilung geübten Praxis. Im Falle Friedrichsen liegen die Dinge noch klarer. Dr. Zeigner hat seinen Augenblick sich als Eigentümer der Brillanten betrachtet. Er hat die Schmuckstücke bei der ersten Gelegenheit Möbius zurückgegeben. Schließlich zur Frage Schmidt: Dr. Zeigners Behauptung, daß er das Futter bezahlt habe, ist nicht widerlegt worden. Die Sand-

lungen Dr. Zeigners in diesem Falle sind überhaupt nicht die Amtshandlungen eines Ministers gewesen. Es ist das Interesse einer Privatperson für die Sachen. Dieses Interesse ist auch dadurch nicht anders zu bewerten, daß er in Erwartung des Geldes die Affen bei sich behielt und zur Beschleunigung der Entscheidung, das Gesicht befürwortete. Auch die Frage, ob er subjektiv eine Amtshandlung vornehmen wollte, ist zu verneinen. In Hand einer Analyse des § 29 der sächsischen Verfassung kommt der Verteidiger zu dem Schluß, daß Dr. Zeigners Handlungen nicht als ein Verstoß gegen die in diesem Paragraphen vorgesehene Erteilung von Richtlinien an die Ressorts aufzufassen seien. Das Telefongespräch mit dem Innenminister Liebmann war bloß private Natur, als Fortsetzung seiner Besprechung des Gesuchs. Von einer indirekten Bestechung kann keine Rede sein. Nicht richtig ist, daß Dr. Zeigner den Pelz nicht zurückgegeben habe. Der beste Beweis dafür ist die Aussage, die Frau Dr. Zeigner vor dem Untersuchungsrichter machte, daß sie den bereits zurückgegebenen Pelz sich wiedergeholt habe. Die Frau war also keine Vermittlerin bei der Uebergabe des Pelzes, sondern hat im Gegenteil gegen den Willen des Mannes

den Pelz behalten. Zum Schluß bittet der Verteidiger, Doktor Zeigner als Mensch zu beurteilen und nicht als früheren Amtscollegen. Es liege keine strafrechtliche Schuld vor, der Angeklagte Dr. Zeigner müsse freigesprochen werden.

Die Nachmittagsitzung ist durch die Rede des Verteidigers des Möbius und durch die Repliken der Staatsanwälte und Verteidiger ausgefüllt. Der Verteidiger des Möbius erklärte, daß eine Zuchthausstrafe für Möbius als Inding erscheinen müsse. Doktor Marichner appelliert als Verteidiger von Dr. Zeigner nochmals an das Gerechtigkeitsgefühl der Richter und weist darauf hin, daß Dr. Zeigner selbstverständlich völlig ruiniert sei, wenn das Gericht den gestellten Strafanträgen stattgeben würde.

Am Freitag vormittag erhalten Dr. Zeigner und Möbius das Schlusswort. Das Urteil ist für die späten Nachmittagsstunden zu erwarten.

Der Londoner Verkehrsstreik verschärft.

Die Aussichten auf die baldige Beilegung des Londoner Omnibus- und Straßenbahnerstreiks sind außerordentlich gering. Zugewogen wird nunmehr berichtet, daß sich der Streik auch auf das letzte wichtige Verkehrsinstrument der Stadt, die Untergrundbahn, ausdehnen soll. Der Verband der Lokomotivführer, dem der größte Teil der Wagenführer der Untergrundbahn angeschlossen ist, hat am Dienstag seine Mitglieder benachrichtigt, daß sie, wenn nicht andre neue Anweisungen erfolgen, am Freitag um Mitternacht die Arbeit einstellen haben.

Im Unterhaus teilte Macdonald auf eine Anfrage mit, daß die Unterhandlungen zur Beilegung des Verkehrsstreiks gescheitert seien und auch die Londoner Eisenbahner Streikvorbereitungen treffen. Die Regierung werde alle Vorkehrungen treffen, die von ihrer Verantwortung für die öffentliche Wohlfahrt verlangt werden können. Das Kabinett hat sich im Anschluß an die Erklärung Macdonalds sofort in einer besonderen Sitzung mit der Gefahr eines allgemeinen Verkehrsstreiks in London beschäftigt.

Notizen.

Strafantrag gegen Kahr, Loffow und Seifer. Der Neubrandenburger Reichsbund hat bei der Münchner Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Kahr, Loffow, Seifer, Ministerpräsident Krilling und Innenminister Schönerer gestellt wegen Verbrechen gegen § 346 des Strafgesetzbuchs. Die Beschuldigten waren alle verpflichtet gewesen, als Beamte für die Verhaltung des wegen Meines angeklagten Kapitanleutnants Ehrhardt zu sorgen, statt ihn zu schützen und ihm freies Geleit zuzuführen. § 346 sieht Zuchthaus bis zu 5 Jahren gegen einen Beamten vor, der jemand der gerechlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen sucht.

Arbeiterinnen und Jugendliche in der Glasindustrie. Der Reichstag gab am Donnerstag seine Zustimmung, daß die Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasküchenschmelzen und Glasbeizereien sowie Sandbläsereien auf weitere zwei Jahre verlängert wird.

Wie die Kommunisten zurückerdrängt wurden. Soweit die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in der Metallindustrie in Eisen vorliegen, ist ein Sieg der freigewerkschaftlichen Betriebsräte unüberleubar. Bei dem Hüttenwerk „Rote Erde“, das der Dortmunder Union gehört, wurden von 10 Betriebsräten 9 freigewerkschaftlicher gewählt gegen 4 vor den Neuwahlen. Ähnliche Erfolge erzielten die freien Gewerkschaften in den Röhrenwerken.

Niederlage der Kommunisten in Hamburg. Einen vollen kommenen Sieg der Umstürzler brachte die Wahl zur Vertreterversammlung des Metallarbeiterverbandes in Hamburg. Die Kommunisten, die durch die lange Anwesenheit auf den großen Hamburger Seeschiffswerften den Boden für sich besonders günstig glaubten und eine geradezu maßlose Hege gegen die Verbandsführer entfaltet, blieben in allen Bezirken in der Minderheit, so daß sich die Vertreterversammlung in der überwogenen Mehrheit aus der Umstürzler Richtung zusammensetzte.

Verbotene Zeitungen. Am Mittwoch wurde das Dortmunder sozialdemokratische Blatt für 6 Tage von der Besatzungsbehörde verboten, weil es angeblich einen verlegenden Artikel veröffentlicht habe. Am Montag ist die zentralistische „Trompete“, am Dienstag die „Wendekurve“ in Eisen, das Erschließungsblatt für die vor einigen Tagen verbotene „Reinlich-wendekurve“ ebenfalls verboten worden.

Vom Londoner Verkehrsstreik. Aus London wird uns geschrieben: Wegen der drohenden Gefahr einer Ausdehnung des Londoner Verkehrsstreiks auf die Untergrundbahnen wird die Regierung möglicherweise die ihr durch Gesetz eingeräumten Vollmachten in öffentlichen Notstandsfällen in Anspruch nehmen. Sie dürfte jedoch nichts unternehmen, was den Streik durch Gewalt oder durch Streikbruch beenden könnte. Die Exekutive der Gewerkschaften und der Labour Party sagte am Donnerstag den Beschluß, die Regierung aufzufordern, das gesamte Londoner Verkehrsnetz vorübergehend in öffentliche Verwaltung zu nehmen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Erst

wer „Conticord“ fährt, weiß,
was ein Reifen halten kann.

Continental

Reifen

für Auto, Kraftrod, Fahrrad.

(Fahrt nach der neuen „Continental-Strassenkarte“.)

Lange & Münzer

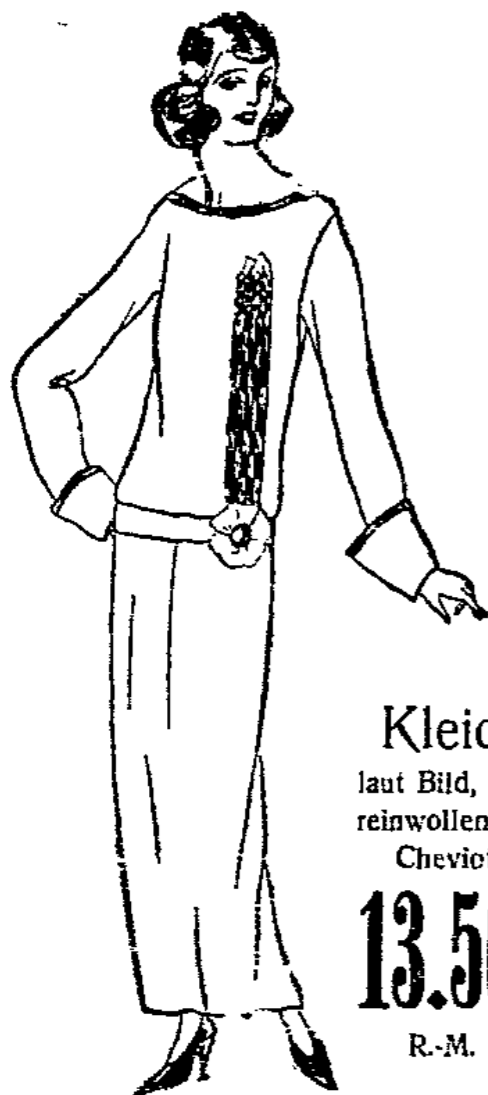
Breiteweg 51/52

Alter Markt 1/2

Konfektion

Zu sehr billigen Preisen:

**Kleiderstoffe
Damenhüte**



Kleid
laut Bild, aus
reinwollenem
Cheviot
13.50
R.-M.

Mengenabgabe
vorbehalten!



Mantel
laut Bild, aus
Donegal- und
Covercoat-
stoffen
12.50
R.-M.

Preise in
Rentenmark!

Voile-Bluse **2.95**
Kimonoform, mit Motiv . . . R.-M.

Voile-Bluse **5.90**
mit Jabot und langem Aermel . . . R.-M.

Voile-Bluse **7.90**
fresche, moderne
Form, mit farbig
garniertem Kragen und Jabot . . . R.-M.

Kostüm 19.50
aus prima Cheviot, ganz auf Futter
Rm.

Kostüm 59.00
aus reinwollenen Gabardine- u. Twillstoffen
Rm.

Kostüm 39.00
aus Donegalstoff, auf Futter gearbeitet
Rm.



Bluse **16.50**
aus la Schweiz Vollvoile,
mit farb. garn. Jabot Rm.
(laut Bild)

Mantel 79.00
aus la. Gabardine, ganz auf Seide gearbeitet,
in eleganten Modifarben . . . Rm.

Kleid 39.00
aus reisseid. Paillette, in vielen mod. Farben Rm.

Kleid 19.75
aus Seidentrik, in neuen, apart. Farb. Rm. 29.50

Anfgeschlagen. Damenhut 7.75
aus Stroh, mit Fächer-
garnitur, aus Band
gearbeitet . . . R.-M.

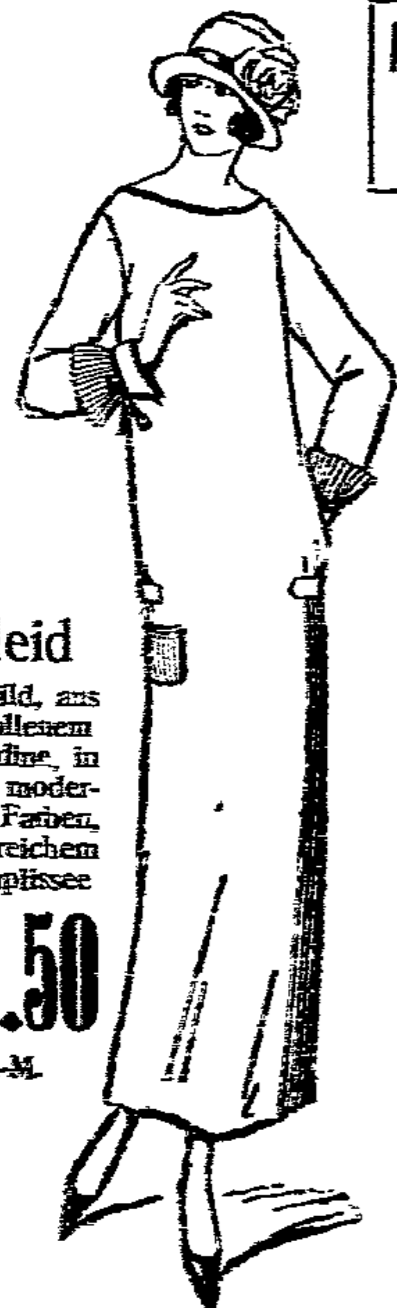
Jugendl. Backfischglocke 10.75
Rand mit Blumen be-
nähit und zweifarbig
hängende Bandgarnit
in allen Farben. R.-M.

Reizende Backfischglocke 11.75
aus Stroh, mit bunten
Blumen u. häng. Band-
schlei e garniert, hell-
u. dunkelfarbig. R.-M.

Damenhut 14.50
eleg. Stroiform, Kopf
mit Blumen garniert u.
häng. Bandschleife
in allen Farben, R.-M.

Kleider- und Seidenstoffe

Kleid 49.50
laut Bild, aus
reinwollenem
Gabardine, in
vielen moder-
nen Farben,
mit reichem
Seitenplissee
R.-M.



- Donegal für Mäntel und Kostüme, 140 cm breit Meter Rm. 4.50 **3.75**
- Covercoat elegante Mantel- und Kostümware Meter Rm. 9.50 **7.90**
- Schotten für Kleider, aparte Muster Meter Rm. 3.90 **2.40**
- Rockstoffe aparte Streifen, neuste Ausmusterung Meter Rm. 4.50 **3.50**
- Cheviot 130 cm breit, für Kostüme, reine Wolle Meter Rm. 4.50
- Frotté doppeltbreit, moderne Dessins Meter Rm. 3.50 **2.75**
- Windjackenstoff besonders preiswert Meter Rm. 2.90
- Wachseide in neuen, aparten Streifen Meter Rm. 4.80 **3.40**
- Dahlia Kunstseide, in leuchtenden Farben, für Hüte Meter Rm. 3.00
- Perkal für Oberhemden, gute Qualitäten Meter Rm. 0.95
- Zephir neue, aparte Streifen Meter Rm. 1.80
- Flanell für Sportblusen, in schönen Streifen Meter Rm. 0.95



Kleid 39.00
laut Bild, aus
reinwollenem
Gabardine
in viel. mod. Farben

Staubwagen-Berater
Ewert, Salskberg 11.

Ballsfürsorge
Behandlung aller
Arten von
Tuberkulose bekämpfen!

Foto-Center F. Maue
Zur Jugendweihe und
Konfirmation
Blutausweis-Karten.

Granit-Bälle
Hugo Nehab
Kreisel, Peitschen, Springschle

Lachen links
Heute neu Nr. 12 Heute neu
In beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme